

Schriften zur Rechtsgeschichte

Heft 96

**Das Gesetz zur Bekämpfung
des unlauteren Wettbewerbs
vom 27. Mai 1896**

Entstehungsgeschichte und Wirkung

Von

Henning von Stechow



Duncker & Humblot · Berlin

HENNING VON STECHOW

**Das Gesetz zur Bekämpfung
des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896**

Schriften zur Rechtsgeschichte

Heft 96

Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896

Entstehungsgeschichte und Wirkung

Von

Henning von Stechow



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Bayreuth hat diese Arbeit
im Jahre 2001 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2002 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: Selignow Verlagsservice, Berlin
Druck: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0720-7379
ISBN 3-428-10759-4

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☹

Für Margarete

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung ist im Sommersemester 2001 von der Juristischen Fakultät der Universität Bayreuth als Dissertationsschrift angenommen worden.

Mein Dank gilt in erster Linie meinem Doktorvater Professor Dr. Diethelm Klippel. Ihm verdanke ich die schönste Erfahrung meiner akademischen Ausbildung, die nunmehr fertiggestellte Arbeit.

Zudem möchte ich Herrn Dr. Marcel Kisseler und Herrn Dr. Reiner Münker von der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V. für die Förderung dieser Arbeit danken. Herr Dr. Kisseler hat die Anfänge dieser Arbeit maßgeblich unterstützt, Herr Dr. Münker die Fertigstellung.

Ich danke zudem meinen Eltern, die es mir ermöglicht haben, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Sie waren mir in all den Jahren eine große Hilfe.

Mein Dank gilt Margarete, meiner Frau. Ihr widme ich diese Arbeit.

Köln, im Mai 2002

Henning v. Stechow

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
I. Fragestellung	17
II. Quellen und Literatur	19

Teil I

Die Entstehungsbedingungen des gesetzlichen Schutzes vor unlauterem Wettbewerb in Deutschland	21
--	----

1. Kapitel

Die Wirtschaftsordnung des Deutschen Reiches	23
I. Der Wandel der Wirtschaftsordnung in Deutschland im 19. Jahrhundert bis 1871	23
1. Die Wirtschaftsordnung des Merkantilismus	23
2. Die Wirtschaftsordnung unter dem Einfluß des Liberalismus	25
II. Die Wirtschaftsordnung des Deutschen Reiches	29
1. Allgemeiner politischer und gesellschaftlicher Wandel	29
2. Die Wirtschaftsordnung	31
III. Zusammenfassung	34

2. Kapitel

Der Schutz des gewerblichen Schaffens im Deutschen Reich	35
I. Entwicklungslinien des gewerblichen Rechtsschutzes im 19. Jahrhundert	36
1. Erste Gesetze	37
2. Wirtschaftliche Freiheit und Staatsintervention	39
3. Der Rechtsgrund des gewerblichen Rechtsschutzes im Wandel	41
4. Der Einfluß ausländischer Gesetze auf die Entwicklung des gewerblichen Rechtsschutzes in Deutschland	43
II. Die Ausgestaltung des gesetzlichen Schutzes gewerblichen Schaffens im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts	44
1. Der Kennzeichenschutz	44
2. Der Geschmacksmusterschutz	48
3. Der Patentschutz	49

4. Der Schutz gewerblichen Schaffens durch sonstige Gesetze des Norddeutschen Bundes und des Reiches	51
5. Die Bestimmungen der Strafgesetzbücher zum Schutz gewerblichen Schaffens	52
a) Die Verbreitung unwahrer Behauptungen	53
b) Der Kennzeichenmißbrauch	56
c) Der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen	57
6. Die Bestimmungen der Privatrechtsordnungen	61
a) Der Sonderfall des Rheinischen Rechts	62
(1) Erste Erfolge im Kampf gegen die sog. concurrence déloyale	62
(2) Die Grundlagen der Bekämpfung der concurrence déloyale	63
b) Der Rechtsschutz gegen die concurrence déloyale nach Erlaß des MSchG	67
III. Zusammenfassung	70

3. Kapitel

Die Auseinandersetzung um eine Ausweitung des Schutzes gewerblichen Schaffens 72

I. Patentschutz und Kennzeichenschutz	73
1. Die concurrence déloyale in Josef Kohlers Werk „Deutsches Patentrecht“	73
2. Die Theorie der Immaterialgüter- und Individualrechte	75
3. Die Theorie Kohlers in der rechtswissenschaftlichen Kritik	79
II. Der Schutz von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen	81
1. Das Wirken Hermann Ortloffs für eine Erweiterung des Schutzes der Fabrik- und Geschäftsgeheimnisse	81
2. Die Reaktion der Presse, der Interessenverbände und der Reichsregierung	85
3. Der 19. Deutsche Juristentag 1888	88
III. Der Schutz gegen Erscheinungsformen irreführender Werbung	90
IV. Der Schutz des gewerblichen Schaffens in der Entstehungsgeschichte des BGB	96
V. Erste Forderungen nach Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Deutschland	103
1. Das Werk von Richard Alexander-Katz	104
a) Der Grund des Rechtsschutzes gegen unlauteren Wettbewerb	104
b) Die Gestaltung des Schutzes vor unlauterem Wettbewerb im deutschen Recht	106
(1) Kritik an der Lehre der concurrence déloyale	106
(2) Die Kritik an Kohler	108
(3) Die Vorschläge von Alexander-Katz	109
(a) Reklameschwindel	110
(b) Kennzeichenmißbrauch	113
(c) Fabrik- und Geschäftsgeheimnisse	115
(d) Das Bilden von wettbewerbswidrigen Vereinigungen	118
(e) Herabsetzen von Konkurrenten	119
2. Die Vorträge von Edwin Katz	120
a) Der Grund des Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb	121
b) Die Vorschläge von Edwin Katz	122
(1) Die zivilrechtliche Generalklausel	122

(2) Der Verrat von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen	123
3. Julius Bachem	125
a) Der Grund des Rechtsschutzes gegen unlauteren Wettbewerb	125
b) Die Vorschläge Julius Bachems	127
VI. Zusammenfassung	130

4. Kapitel

**Der Gedanke des Schutzes
gegen unlauteren Wettbewerb im Reichstag
und in der Öffentlichkeit** 131

I. Die parlamentarische Diskussion um einen Schutz gegen unlauteren Wettbewerb in GewO und WZG	132
1. 146 c GewO	132
a) Der Rechtsgrund des Schutzes	133
b) Die Ausgestaltung des Schutzes	135
2. §§ 15 und 16 WZG	137
a) Der Rechtsgrund des Schutzes und die Ausgestaltung der Bestimmungen gegen unlauteren Wettbewerb	138
(1) Der Rechtsgrund des Schutzes	138
(2) Die Ausgestaltung des Schutzes	139
b) Die Reichstagsresolution vom 19.4.1894	142
II. Die Reaktion der Öffentlichkeit	145
1. Der Rechtsgrund des Schutzes	145
2. Die Ausgestaltung des Schutzes	148
III. Zusammenfassung	151

Teil 2

**Die Entstehung des Gesetzes zur Bekämpfung
des unlauteren Wettbewerbes von 1896** 154

5. Kapitel

Der Gang der Gesetzgebungsarbeiten 155

I. Vorläufige Vorschläge des Reichsamts des Innern	155
II. Die Entstehung der Grundzüge	156
III. Die Sachverständigenkommission	158
IV. Die öffentliche Diskussion über den ersten Entwurf	160
V. Die Beratung des Gesetzes im Bundesrat	161
VI. Die erste Beratung im Reichstag am 13. und 14.12.1895	162
VII. Die Verhandlungen der Reichstagskommission	163
VIII. Die zweite und dritte Beratung des Entwurfs im Reichstag	163

6. Kapitel

**Grundfragen des Kodifikationsprozesses:
die Notwendigkeit eines UWG**

164

I. Die Notwendigkeit der Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs	164
II. Die Notwendigkeit eines Gesetzes	168
III. Der Schutzzweck des UWG	171
1. Die Diskussion um den Schutzzweck bis zum Ersten Entwurf	171
2. Der Schutzzweck in der öffentlichen Diskussion	179
a) Schutz der Redlichkeit im Verkehr	179
b) Schutz eines Rechts des Wettbewerbers	181
c) Wettbewerber- und Verbraucherschutz bei Otto Gierke	185
(1) Der Schutzzweck der zivilrechtlichen Bestimmungen des Entwurfs ...	185
(2) Der Schutzzweck der strafrechtlichen Bestimmungen des Entwurfs ..	188
3. Die Beratung des Schutzzwecks in Bundesrat und Reichstag	188
IV. Zusammenfassung	190

7. Kapitel

**Grundfragen des Kodifikationsprozesses:
Die Ausgestaltung des Schutzes**

192

I. Punktueller oder genereller Schutz gegen unlauteren Wettbewerb	193
1. Die Diskussion bis zur Veröffentlichung des ersten Entwurfes	193
a) Einzelfallbestimmungen in den Vorläufigen Vorschlägen	193
b) Die Reaktion der Sachverständigen	196
2. Die Reaktion der Öffentlichkeit	198
a) Generelles Verbot unlauteren Wettbewerbs	198
b) Generelles Verbot zum Schutz eines subjektiven Privatrechts	200
c) Punktueller Schutz	201
3. Die Behandlung in der Legislative	202
a) Die endgültige Festlegung auf das Prinzip des punktuellen Schutzes	202
b) Die „kleine“ Generalklausel	206
II. Straf- oder zivilrechtlicher Schutz gegen unlauteren Wettbewerb	209
III. Zusammenfassung	214

8. Kapitel

Auswahl und Ausgestaltung der Fallgruppen des UWG

216

I. Irreführende Werbung	217
1. Die Gründe für die Aufnahme der Fallgruppe in den Entwurf	217
2. Die Ausgestaltung der Bestimmungen gegen irreführende Werbeangaben (§§ 1 bis 4 UWG)	218
a) Der Vorentwurf und die Vorläufigen Vorschläge	218
(1) Irreführung über den Anlaß zum Verkauf und Ausverkaufsschwindel .	220

(2) Die Klageberechtigung von Verbänden	222
(3) Die Bestimmungen gegen irreführende Werbung vor Beginn der Beratung der Vorläufigen Vorschläge	223
b) Die Begrenzung der Schutzbereichweite auf öffentliche Bekanntmachungen während der Beratung der Vorläufigen Vorschläge	224
c) Die Sachverständigenberatungen	227
(1) Die Sonderregelung der einstweiligen Verfügung und die Erweiterung des zivilrechtlichen Tatbestandes	227
(2) Die Bestimmungen gegen die irreführende Werbung im ersten Entwurf	228
d) Die öffentliche Kritik	230
(1) Die Kritik an Schadensersatzanspruch und Strafbestimmung	230
(2) Der Bundesratsentwurf	231
e) Die Beratungen im Bundesrat	233
(1) Neufassung der zivilrechtlichen Bestimmung und Einführung einer Gerichtsstandsregelung	233
(2) Die Neufassung der Strafbestimmung	234
f) Die Beratung der §§ 1 bis 4 in Parlament und Reichstagskommission	236
(1) Der Schutz der Landwirtschaft	237
(2) Die Verantwortlichkeit der Presse für Inserate	238
(3) Die Bestimmungen gegen die irreführende Werbung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission	238
(4) Die zweite und dritte Lesung im Reichstag	239
(5) Die Verantwortlichkeit der Presse	239
(6) Irreführende Angaben und Gattungsbezeichnungen	241
(7) Das UWG von 1896	241
II. Quantitätsverschleierungen	243
1. Der Grund der Aufnahme der Fallgruppe in das UWG	243
2. Die Ausgestaltung der Bestimmung gegen Quantitätsverschleierungen im UWG (§ 5)	246
a) Die Formulierung der Bestimmung und erste Reaktionen	246
b) Die Beratung der Bestimmung im Reichstag	247
(1) Die Forderung nach Streichung der Bestimmung	248
(2) Versuche der Beschränkung der Bundesratsbefugnisse	249
III. Geschäftsehrverletzung, §§ 6f. UWG	251
1. Der Grund der Aufnahme der Bestimmungen gegen Geschäftsehrverletzung ..	251
2. Die Ausgestaltung der Bestimmungen gegen Geschäftsehrverletzung	252
a) Die Diskussionen bis zur Veröffentlichung des Ersten Entwurfs	252
(1) Die Formulierung der Bestimmungen im Vorentwurf und in den Vorläufigen Vorschlägen	252
(2) Die wesentlichen Diskussionspunkte	253
(a) Reichweite der Bestimmung	253
(b) Subjektive Voraussetzungen der Bestimmung	254
(3) Die Bestimmungen im Ersten Entwurf	256
b) Die Erörterung der Bestimmungen in der Öffentlichkeit	257
c) Die Erörterung der Bestimmungen in der Legislativen	259
IV. Schutz der geschäftlichen Bezeichnung	260

1. Der Grund der Aufnahme der Bestimmung in das UWG	260
2. Die Ausgestaltung der Bestimmung	261
a) Die Bestimmung im Vorentwurf	261
b) Die Bestimmung in den Vorläufigen Vorschlägen, in den Grundzügen und im ersten Entwurf	261
c) Die Behandlung der Bestimmung in der Legislative	265
(1) Die „besondere Bezeichnung eines Erwerbsgeschäfts“	265
(2) Der Schutz des Warenzeichens	266
V. Schutz geschäftlicher und betrieblicher Geheimnisse	268
1. Der Grund der Aufnahme der Bestimmungen in das UWG	268
2. Die Schwerpunkte der Auseinandersetzung um die Ausgestaltung	275
a) Die Entwicklung bis zur Veröffentlichung des Ersten Entwurfes	275
b) Die öffentliche Reaktion	281
c) Die Verhandlungen in der Legislative	283
VI. Die sonstigen Paragraphen	289
1. Die Verurteilung zu einer Geldbuße	289
2. Die öffentliche Bekanntmachung eines Urteils	290
3. Die Zuständigkeit des Reichsgerichts	292
4. Die Reziprozitätsklausel	293
5. Die Verjährung	294
VII. Zusammenfassung	296

Teil 3

Wirkung und Erneuerung des UWG von 1896 302

9. Kapitel

Die Entstehung des UWG von 1909 im Überblick 302

10. Kapitel

Die Entstehungsgeschichte der sog. großen Generalklausel 304

I. Schutz vor unlauterem Wettbewerb durch UWG und BGB: Das Schutzkonzept des UWG von 1896 in der Praxis	304
II. Schutz vor unlauterem Wettbewerb durch UWG und BGB: das Schutzkonzept des UWG von 1896 in der Kritik	308
III. Die Einführung der „großen“ Generalklausel	310
1. Die Diskussion um die sog. große Generalklausel in den Entwürfen von 1907 und 1909	310
2. Der Entwurf der Reichstagskommission und das UWG von 1909	312
IV. Zusammenfassung	315

11. Kapitel

**Die irreführende Werbung
und der Sonderfall des Ausverkaufsschwindels,
(§§ 1–4 UWG von 1896)** 316

I. Rechtsprechung und Literatur zu §§ 1–4 UWG: ein Überblick	316
1. Rechtsprechung und Literatur zum Tatbestandsmerkmal „Anlaß oder den Zweck des Verkaufs“	316
2. Rechtsprechung und Literatur zum Tatbestandsmerkmal „Angaben tatsächlicher Art“	321
II. Die Kritik von Literatur und Öffentlichkeit an der Fassung von §§ 1–4 UWG	323
III. Die Erneuerung der Bestimmungen gegen irreführende Werbung	328
1. Der Entwurf von 1907	328
a) §§ 1 und 4 UWG	328
b) Gesetzliche Bestimmungen gegen Ausverkaufsschwindel	331
2. Der Entwurf von 1909	334
3. Der Entwurf der Reichstagskommission und das UWG von 1909	336
a) Die Bestimmungen gegen irreführende Werbung	336
b) Die Bestimmungen gegen das Ausverkaufsunwesen	338
IV. Zusammenfassung	342

12. Kapitel

Quantitätsverschleierungen (§ 5 UWG von 1896) 343

I. Rechtsprechung, Literatur und Öffentlichkeit	343
II. Die Änderung der Bestimmung im UWG von 1909	345
III. Zusammenfassung	347

13. Kapitel

Bestechung (§ 12 UWG von 1896) 348

I. Die Diskussion um die Notwendigkeit eines gesetzlichen Schutzes	348
II. Die Entstehung des § 12 UWG von 1909	349
1. Die Entwürfe von 1907 und 1909	349
2. Der Entwurf der Reichstagskommission und das UWG von 1909	351
III. Zusammenfassung	354

14. Kapitel

Geschäftsehrverletzung (§§ 6 f. UWG von 1896) 354

I. Rechtsprechung und Literatur: ein Überblick	354
II. Die Änderung der Bestimmungen im UWG von 1909	355
III. Zusammenfassung	357

15. Kapitel

Kennzeichenmißbrauch (§ 8 UWG von 1896)	358
I. Rechtsprechung und Literatur: ein Überblick zu § 8 UWG	358
II. Die Änderung der Bestimmung im UWG von 1909	360
III. Zusammenfassung	362

16. Kapitel

Verrat von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen und Vorlagenmißbrauch (§ 9 f. UWG von 1896)	363
I. Rechtsprechung und Literatur	363
II. Die Bestimmungen im Entwurf von 1907 und 1909	365
1. Der Verrat von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen	365
2. Der Verrat von Zeichnungen und Modellen im Entwurf von 1909	366
III. Die Bestimmungen im Entwurf der Reichstagskommission und im UWG von 1909	367
IV. Zusammenfassung	368
Anlagen	370
Quellen und Literatur	382
Sachwortverzeichnis	394

Einleitung

I. Fragestellung

Am 1. Juli 1896 trat das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs (UWG) in Kraft. Das UWG war das erste Gesetz, das im deutschen Rechtskreis speziell und ausschließlich dem in seinem Namen zum Ausdruck kommenden Zweck diente. Es wandte sich mittels straf- und zivilrechtlich ausgestalteter Einzelfallbestimmungen gegen eine Reihe von Verhaltensweisen Handel- und Gewerbetreibender. Die §§ 1–4 betrafen schwindelhaftes Verhalten im Bereich der Werbung, des sog. „Reklamewesens“. § 5 richtete sich gegen Quantitätsverschleierungen, d. h. Veränderungen der Mengenverhältnisse bei Handelsgütern. §§ 6 und 7 verboten unwahre, kredit- oder geschäftsschädigende Äußerungen eines Handel- oder Gewerbetreibenden über einen Wettbewerber, die sog. „Geschäftsehrverletzung“. § 8 richtete sich gegen die täuschende Benutzung von Namen, Firmen oder Geschäftsbezeichnungen, den sog. Kennzeichenmißbrauch. Die §§ 9 und 10 schließlich betrafen den Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.¹

Die Geltungsdauer dieses Gesetzes war kurz. Schon 1907 nahm der Gesetzgeber Novellierungsarbeiten in Angriff, die in das UWG von 1909 mündeten. Es trat am 1. Oktober 1909 in Kraft und löste damit das UWG von 1896 ab.

Die kurze Geltungsdauer mag einer der Gründe dafür sein, daß die rechtswissenschaftliche Literatur dem UWG von 1896 seit seiner Erneuerung 1909 kaum mehr Beachtung geschenkt hat. Oftmals wird die Bedeutung des Gesetzes lediglich darin gesehen, daß das Jahr 1896 den Beginn des gesetzlichen Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb markiert. Als wesentlicher Grund für die rasche Erneuerung wird im allgemeinen die Mangelhaftigkeit des Gesetzes, insbesondere das Fehlen einer Generalklausel genannt.² Bezeichnenderweise verstrich die hundertjährige Wiederkehr seines Inkrafttretens 1996 nahezu unbemerkt. Die letzte umfassende Untersuchung seiner Entstehung liegt über 75 Jahre zurück.³ Erst in jüngerer Zeit ist das UWG von 1896 wieder Gegenstand der rechtshistorischen For-

¹ Die übrigen §§ 11–17 des UWG von 1896 behandeln nachgeordnete Fragen allgemeiner Art, wie die Verjährungsfrist (§ 11), Antragsvoraussetzung (§ 12) oder den internationalen Bezug (§ 16).

² *Heinrich Hubmann*, *Gewerblicher Rechtsschutz*, 5. Aufl., München 1988, 26; *Horst Rainer Jacobs* (Hrsg.)/*Walter F. Lindacher/Otto Teplitzky*, *Großkommentar zum UWG*, Berlin 1994, Einl UWG Rdn B 15 ff.

³ *Franz Greiner*, *Die Entstehungsgeschichte der Generalklausel im Reichsgesetze gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909*, jur. Diss., Erlangen 1925.

schung geworden, allerdings nur in Teilbereichen und mit anderen Schwerpunkten.⁴

Hier setzt die vorliegende Arbeit an. Sie will die Entstehungsgeschichte und die Auswirkungen des UWG von 1896 untersuchen.

Zu fragen ist also erstens, warum Ende des 19. Jahrhunderts der Gesetzgeber es als notwendig ansah, erstmals für Handel- und Gewerbetreibende einen rechtlichen Kodex für das Verhalten in einer Wettbewerbsordnung aufzustellen. Darüber hinaus ist im Einzelnen zu analysieren, wie es zur Gestaltung des Gesetzes in seiner konkreten Form kam und welches die Schwerpunkte der Diskussion während seiner Entstehung waren. Zweitens ist zu fragen, wie sich das Gesetz in der Praxis auswirkte und worin die Gründe für seine rasche Novellierung liegen.

Entsprechend der Fragestellung erfolgt die Untersuchung in drei Teilen. Der erste Teil dient der Herausarbeitung der Grundlagen, der im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts allmählich einsetzenden Bemühungen um die Schaffung eines gesetzlichen Lauterkeitsschutzes im Erwerbsleben in Deutschland. Insbesondere soll dabei untersucht werden, welche Faktoren den Ausschlag dafür gaben, daß nicht nur eine bedeutende Zahl der Handel- und Gewerbetreibenden, sondern auch das Parlament und Vertreter der Wissenschaft eine Erweiterung der Rechtsordnung zum Schutz gegen unlauteren Wettbewerb für geboten hielten und damit die Aufnahme der Gesetzgebungsarbeiten durch die Regierung bewirkten. Diese Frage erscheint umso wichtiger, wenn man sich vor Augen hält, daß „unlauterer Wettbewerb“ noch zur Zeit der Reichsgründung von 1871 als Begriff im deutschen Sprachgebrauch nicht bekannt und den Zeitgenossen auch als komplexe Erscheinung im Wirtschaftsleben nicht bewußt war. Gerade dies zeigt auch, daß eine Arbeit zur Entstehungsgeschichte des UWG von 1896 sich nicht auf eine Beschreibung des Rechtsschutzes vor unlauteren Verhaltensweisen im wirtschaftlichen Wettbewerb unmittelbar vor und nach dem Inkrafttreten des UWG beschränken kann, sondern weiter ausholen muß. So bedarf es u. a. der Berücksichtigung der Wirtschaftsgeschichte sowie der Geschichte der Gesetzgebung und der Rechtswissenschaft im 19. Jahrhundert.

Der zweite Teil geht der Frage nach, wie das Gesetz seine konkrete Gestalt erlangte. Dieser Teil, der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit, untersucht demnach die Kodifikationsgeschichte des UWG von 1896. Zu analysieren sind insbesondere der Zweck und der Inhalt des Gesetzes. Dies erfolgt in zwei Schritten.

⁴ Z. B. *Diethelm Klippel*, Der zivilrechtliche Schutz des Namens, Paderborn, 1985; *Barbara Dölemeyer/Diethelm Klippel*, Der Beitrag der deutschen Rechtswissenschaft zur Theorie des gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrechts, in: GRUR, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht und ihrer Zeitschrift, Bd. I, Weinheim 1991, 187 ff.; *Elmar Wadle*, Fabrikzeichenschutz und Markenrecht. Geschichte und Gestalt des deutschen Markenschutzes im 19. Jahrhundert, 1. Teil, Entfaltung, Berlin 1977; 2. Teil, Historisch-dogmatische Grundlinien, Berlin 1983; *Rolf Geyer*, Der Gedanke des Verbraucherschutzes im Reichsrecht des Kaiserreichs und der Weimarer Republik (1887–1933), Frankfurt/M., 2001.

Zunächst werden die Grundgedanken der Diskussion um die Notwendigkeit eines Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb herausgearbeitet. Die Frage ist also vor allem, warum der Gesetzgeber überhaupt ein gesetzliches Vorgehen gegen unlauteren Wettbewerb in der vorliegenden Form für notwendig erachtete und wen oder was er damit zu schützen gedachte. Der Schwerpunkt der Diskussion während der Gesetzgebungsarbeiten betraf die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der einzelnen Bestimmungen. Dies wird in einem zweiten Schritt dargestellt. Unter anderem geht es um die Frage, ob der Schutz mittels einer Generalklausel erfolgen müsse, ferner, ob das Zivilrecht oder das Strafrecht die richtigen Instrumente zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs bereithalte. Sodann wird die Kodifikationsgeschichte jeder einzelnen Bestimmung analysiert. Hier ist zu fragen, warum der Gesetzgeber gerade bestimmte Erscheinungsformen des unlauteren Wettbewerbs in den Katalog der Einzelfallbestimmungen aufnahm und weshalb diese Bestimmungen so und nicht anders formuliert wurden.

Der abschließende dritte Teil untersucht die Wirkung des Gesetzes und versucht einen Überblick über die Gründe zu geben, die zu der Schaffung des UWG von 1909 führten. Hier geht es um den Einfluß der Rechtsprechung auf die Wirkung und Erneuerung des Gesetzes und um die Lücken, die Wirtschaft, Interessenverbände und die Literatur im UWG von 1896 meinten, entdeckt zu haben. Vor allem eine fehlerhafte Rechtsprechung bzw. inhaltliche Mängel werden heute als wesentliche Gründe der Erneuerung des UWG von 1896 genannt.⁵ Es hat sich jedoch gezeigt, daß diese Antworten die Änderung und Erneuerung des UWG nur unzureichend erklären. Zu analysieren ist insbesondere, welche Interessen bei der Entstehung des UWG von 1909 berücksichtigt wurden.

II. Quellen und Literatur

Neuere Spezialliteratur zur Entstehung der ersten gesetzlichen Grundlage des modernen deutschen Wettbewerbsrechts liegt nicht vor. Zu erwähnen sind die älteren Dissertationen von *Greiner*⁶, *Volleth*⁷ und *Bolle*.⁸ Den heutigen methodischen und inhaltlichen Anforderungen an eine rechtshistorische Dissertation genügen sie nicht. Zudem setzen sie andere Schwerpunkte. *Bolles* Schwerpunkt liegt auf einem Rechtsvergleich des deutschen Wettbewerbsrechts mit dem englischen. *Greiner* und *Volleth* untersuchen in erster Linie das UWG von 1909; dabei spielt die Entstehung der Generalklausel eine herausragende Rolle. Dies verstellt den Blick auf die ge-

⁵ Vgl. *Baumbach/Hefermehl*, Wettbewerbsrecht, 21. Aufl., 1999 München, Allg., Rz. 38, *Volker Emmerich*, Das Recht des unlauteren Wettbewerbs, 3. Aufl., München 1990, 10f.; Großkommentar UWG (wie Fn. 2) Einl. B 13 ff.

⁶ Siehe oben, Fn. 3.

⁷ *Hans Volleth*, Die Entstehung und Wirkung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, phil. Diss., Erlangen 1923.

⁸ *Johannes Andreas Bolle*, Entwicklungslinien und systematische Stellung der Regeln über den unlauteren Wettbewerb im deutschen und englischen Recht, jur. Diss., Leipzig 1928.